

DEMOKRATISCHE ENDLÖSUNG IN SACHEN BERUFSSVERBOT

5 Das Bundesverwaltungsgericht hat letztinstanzlich in dem Disziplinarverfahren gegen den
Postbeamten Hans Meister entschieden, daß dieser wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP aus
dem Staatsdienst zu entfernen ist. Streng rechtsstaatlich, mit der so “gefestigten Rechtsprechung”
im Rücken säubert der Postminister jetzt alle DKP-Mitglieder, darunter den Marburger Hauptpost-
10 schaffner Bastian, aus dem Postdienst. Diese büßen damit für die kommende Zeit ihres Lebens
aufgrund ihrer politischen Überzeugung die Existenzgrundlage ein.

25 Jahre hat Herbert Bastian in vorbildlichem Gehorsam alle Berufspflichten erfüllt, war “am
Arbeitsplatz geradezu ein Vorbild”, hat nie versucht, Briefe nach Moskau umzuleiten oder gar
Kollegen zum Klassenkampf aufzuhetzen - und jetzt Berufsverbot. Da mag ein DKP-Beamter im
Amt nicht den geringsten Verdacht an seiner beruflichen Zuverlässigkeit erregen, als Beamter mit
15 der falschen *politischen Meinung* wird er für untragbar befunden. Der deutsche Staat ist
schließlich kein Dienstleistungsunternehmen, das Arbeit gibt, Dienst verlangt und Bürgerwünsche
befriedigt. Er ist mindestens eine Wertegemeinschaft, und da ist der oberste Wert ja wohl, ein
Deutscher zu sein und als solcher in den Diensten des deutschen Staates zu stehen. Dessen hat
sich der einzelne Mensch würdig zu erweisen - ob Postschaffner oder Briefträger oder Lehrer.
20 Klar, sich nur ernähren wollen - diesen Opportunismus seiner Bürger kann ein deutscher Staat
nicht leiden. Erst recht nicht 1984, wo die nationalen Vorhaben verlangen, daß die Gesinnung bei
Fuß zu stehen hat. Wer nicht von sich aus auch nur den kleinsten Verdacht an seiner
bedingungslosen geistigen Gefolgschaft ausschalten kann, bestätigt den staatlichen Verdacht, die
Meinung des Feindes zu teilen. Absolute geistige Keimfreiheit ist die Elementartugend staatsbür-
25 gerlichen Dienstes. Wer ihr nicht nachkommt, wird aus der Gemeinschaft der guten Deutschen
entfernt. Eine keimfreie Republik, das ist der totalitäre Maßstab der deutschen Demokratie.
Radikale in diesem Sinne kann es im öffentlichen Dienst gar nicht genug geben.

Und was für Einwände

30 “Der Beamte wurde als Verfassungsfeind ausgemocht und aus dem Dienst entfernt,
obwohl er noch Ansicht seiner Vorgesetzten am Arbeitsplatz geradezu ein Vorbild war. Der
radikale Meister hatte erstklassige Beurteilungen und eine Beförderung vorzuweisen. Als
Briefträger und Techniker waren die DKP-Mitglieder kein Sicherheitsrisiko.” (Spiegel)

Saubere Einwände gegen die Berufsverbote, die lauter gute Gründe für sie anzuführen wissen:
35 Natürlich hat ein Beamter oder Angestellter am Arbeitsplatz bedingungslos allen Maßstäben der
Pflichterfüllung und des Wohlverhaltens nachzukommen. Natürlich hat der demokratische Staat
das Recht und die Pflicht, allen Kritikern, die sich hier störend bemerkbar machen, die Existenz-
grundlage zu zerstören. Erst recht, wenn es sich nicht um Briefträger oder Fernmeldetechniker,
sondern um Lehrer und Juristen handelt. Berufsverbot für jeden, der praktisch stört. Aber wäre es
40 nicht effektiver und darüberhinaus auch eleganter, “die Verfassungstreue im Einzelfalle zu

prüfen", vor allem, wenn der Betroffene seine "Distanz zu einzelnen DKP Punkten betont"?! Ein unverhohlener Aufruf zur moralisch unanfechtbaren und dabei lückenlosen Gesinnungskontrolle, damit man auch wirklich die schwarzen Schafe erwischt. So geht demokratische Kritik der staatlichen Berufsverbotepraxis: Die Einwände sind lauter Plädoyers für ihre Effektivierung.

- 5 "Im übrigen meine ich, daß die Angelegenheit Wasser auf die Mühlen der DKP ist. Trotzdem werde auch ich persönlich mich in dem Fall einsetzen und - wie schon in der Vergangenheit - einen Brief - an den Bundeopostminister schreiben, um ihm meine Auffassung kundzutun." (SPD-Oberbürgermeister Drechsler)

Der DKP das Wasser abgraben, aber immer!

- 10 Aber bitte auf eine Weise, die alles vorhandene Wasser auf die Mühlen der SPD lenkt.

"Die Entlassung Bastians ist Verfassungs- und Rechtsbruch! Damit wird ein massiver Angriff auf das aktive und passive Wahlrecht, auf demokratische Wahlen überhaupt gestartet. In der Substanz geht es dabei um den Erhalt oder den Abbau von Demokratie schlechthin." (Marburger Komitee gegen die Berufsverbote)

- 15 Ebenfalls ein sauberer Einwand, dem bei der Ruinierung der Berufsexistenz von Kommunisten sofort alle Heiligtümer der Demokratie einfallen, die mit den Berufsverboten Schaden nehmen - die Wahlen, die Verfassung, die Hessische Gemeindeordnung. Das eigentliche Opfer ist die "demokratische Substanz". Jeder Einwand soll die ernste Sorge und tiefe Verantwortlichkeit für die Ideale bürgerlicher Herrschaft zum Ausdruck bringen. In der Tat drückt er nur den eigenen
20 guten, aber blinden Glauben in die absolute Integrität von Herrschaftstechniken aus, sofern sie demokratisch sind.

"Wir hungern, weil die Suspendierung Herbert Bastians an die Substanz der parlamentarischen Demokratie geht und wir bereit sind, unsere körperliche Substanz dafür symbolisch in die Waagschale zu werfen." (Marburger Komitee gegen die Berufsverbote)

- 25 Die Demokratie schafft Opfer. Die Opfer hungern für sie. Eine saubere Arbeitsteilung.